

Antworten auf ungeklärte Fragen

Es wird in letzter Zeit viel von einer Tendenzwende geredet. Ganz unabhängig davon, ob es sie nun wirklich gibt oder nicht, unabhängig auch von Wahltagszahlenspielerien, ich glaube, daß sich im geistigen Leben unseres Staates eine wichtige Veränderung abspielt. In fast allen geisteswissenschaftlichen Bereichen und auch in weiten Teilen der Politik befanden sich in den letzten Jahren die Vertreter sozialistischer und marxistischer Gedankenansätze, bei denen es sich selbst keineswegs immer um Marxisten handelte, in der Offensive, und die anderen hatten sich zu verteidigen. Der Bund Freiheit der Wissenschaften etwa war ein Schutz-und-Trutz-Bündnis gegen die marxistische Unterwanderung unserer Hochschulen. Weil er aus der Defensive heraus gegründet worden ist, deshalb ist er relativ bedeutungslos geblieben. Die Unionsparteien mußten sich viele Jahre lang nicht nur gegen das Charisma eines Kanzlers, der das Wort von der Versöhnung auf seinen Lippen führte, zur Wehr setzen, sie hatten sich auch aus der politischen Defensive heraus sozialistisch geprägter Reformvorstellungen zu erwehren. Die Bundestagswahlkämpfe 1969 und 1972 wurden von CDU und CSU weitgehend defensiv geführt.

Heute ist das anders. „Die CDU ist selbstbewußter geworden“, sagt ihr Generalsekretär Kurt Biedenkopf jedem, der es wissen will. „Wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz“, so hört man es häufig aus dem Munde des Unionsvorsitzenden Helmut Kohl.

Die Bundesregierung ist dagegen nervös geworden. Trotz vieler gegenseitiger Beteuerungen sind die beiden Regierungspartner einander längst nicht mehr so sicher, wie sie es in den Tagen sozialliberaler Euphorie waren. In der Außen- und Deutschlandpolitik hat Willy Brandt unbestrittene Erfolge zu verzeichnen gehabt, die inneren Reformen sind aber weitgehend ausgeblieben. Die Bonner Koalitionspartner haben die große Chance des wahlfreien Jahres 1974 vertan, die politische Szenerie in der Bundesrepublik hat sich — etwa im Vergleich zum Höhepunkt der Ära Brandt — genau umgekehrt. Damals griffen die Unionsparteien die Regierung aus der Defensiv-Position heraus wegen zu vieler Reformen an; heute steht die Union genau auf der anderen Seite. Hierzu noch einmal wörtlich Kurt Biedenkopf: „Wir werden diejenigen sein“, so sagt er, „die die Regierung nicht deshalb angreifen, weil sie verändern will, sondern wir werden diejenigen sein, die die Regierung angreifen, weil sie nicht genug verändert.“ Dieser Satz wäre vor drei oder vier Jahren aus dem Munde eines CDU-Politikers kaum denkbar gewesen, denn er bedeutet doch, daß es zur politischen Strategie der Unionsparteien gehört, die Bundesregierung, die unter dem Motto „Wir schaffen das moderne Deutschland“ angetreten ist, anzugreifen, weil sie keine ausreichende Reformpolitik verfolgt.

Vorerst ist noch unbewiesen, ob es sich bei dieser Offensiv-Strategie der neuen CDU-Führung um eine taktische Konzeption handelt, die lediglich aus der Schwäche des politischen Gegners resultiert, oder ob wirklich Alternativ-Positionen aufgebaut werden. Der Bund Freiheit der Wissenschaften — um ihn noch einmal zu erwähnen — ist meines Erachtens keine Alternative gegen marxistische Ansätze zur Gesellschaftskritik, sondern eher ein Hort der Reaktion, der sein Heil im vermeintlich Besseren von gestern und vorgestern sucht. Die Unionsparteien, oder weiter gefaßt, die politische Bewegung, die zwar die Solidarität aller Bürger, aber nicht die Gleichheit zur obersten Maxime ihres politischen Handelns macht, diese politische Richtung, die sich wohl am ehesten in der CDU manifestiert, hat den geistigen Prozeß, der ihr zu Recht den Anspruch verleiht, in die politische Offensive zu gehen, noch nicht hinter sich. Denn wer zum Beispiel die Marktwirtschaft offensiv verteidigen will, muß auch Antworten darauf finden, wie sich diese Wirtschaftsordnung zwar bewahren läßt, aber wie dennoch gleichzeitig auf die welt- und binnenwirtschaftlich aufgezwungenen Veränderungen reagiert werden kann.

Diese Diskussion, die das Recht gibt, von einer auch wissenschaftlich begründeten Tendenzwende zu reden, ist in Gang gekommen. So versuchten etwa vor einigen Wochen in München sehr ernst zu nehmende Wissenschaftler und Politiker, die keineswegs allesamt der CDU und CSU angehörten, sondern die aus allen politischen Lagern kamen, nicht mehr nur defensiv auf die Marxismuskritik an unserem Gesellschaftssystem zu reagieren, sondern einige Positionen dagegenzusetzen. Ähnlich war es vor einigen Tagen in Bitburg beim 5. Bitburger Gespräch, veranstaltet vom rheinland-pfälzischen Justizminister Otto Theisen. Prominente Juristen, Volkswirte und Politiker versuchten, hier Argumente für die „Vorwärtsverteidigung“ der freiheitlich-demokratischen Ordnung zu finden. Solche Gespräche spielen sich meistens nicht im publizistischen Scheinwerferlicht ab. Dazu sind die Diskussionen zu theoretisch, das Niveau zu hoch. Doch sie sind notwendig und unumgänglich als Grundlage für die offensive Darstellung dieser Positionen in der Alltagspolitik. Es ist nicht allein der Zeitgeist, der in seinem unberechenbaren Wogen die marxistische Welle wegzuschieben beginnt. Dahinter stecken auch Initiative und Fleiß derer, die der Überzeugung sind, daß sich der Versuch lohnt, die vielen ungeklärten Fragen in unserer Gesellschaft vom überkommenen politischen Wertsystem her zu beantworten.

HENNING RÖHL, Südwestfunk, Baden-Baden — 20. Januar 1975